E1 Für mehr Klimaschutz-Projekte, denn 2,8 Grad plus werden eine Klima-Hölle!

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (KV Plön)
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

Im Jahr 2015 hatte sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt, die globale Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu halten, um heutigen wie folgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Klimaforscher*innen warnen uns eindringlich und schon heute steht fest: Dieses Ziel werden wir nicht annähernd erreichen, die Treibhausgasemissionen steigen sogar noch von Jahr zu Jahr!

Der Uno-Generalsekretär sprach im November 2022 davon, dass wir auf dem Weg in eine Klima-Hölle sind. Oder, etwas konkreter, prognostiziert das Umweltbundesamt ebenfalls 2022: „Die aktuellen Nationalen Minderungspläne (NDCs) führen zu einer globalen Erwärmung von 2,8°C (2,1°C-3,4°C) bis 2100. Der Bericht zeigt eine Umsetzungslücke, eine Emissions- (bzw. Ambitions-)Lücke und indirekt damit auch eine Glaubwürdigkeitslücke."

Diese Umsetzungs- und Glaubwürdigkeitslücke müssen wir GRÜNE so schnell wie möglich füllen. Denn der Kampf gegen die globale Überhitzung unseres Planeten ist weiterhin die vorrangige Menschheitsaufgabe. Schon eine Erhitzung um 2°C würde die Lebensgrundlage von bis zu 500 Millionen Menschen weltweit bedrohen – unter anderem durch Wassermangel und durch die Ausdehnung von Wüsten. Dabei geht es nicht mehr um ein fernes Zukunftsszenario: Die gravierende Klimakrise zwingt schon heute weltweit mehr Menschen zur Flucht als sämtliche Kriege zusammen. Wir leiden unter Extremsommern, Hitze am Polarkreis, Waldbränden von Griechenland bis Schweden, ausgedörrten Landschaften und Ernteausfälle in großen Teilen der Welt, auch in Europa.

Wir müssen sehr viel schneller werden als zwischenzeitlich gedacht, weil wichtige Jahre und Jahrzehnte lang der ernsthafte Klimaschutz verschlafen wurden. Die Ideen, Instrumente und Technologien für ernsthaften Klimaschutz sind vorhanden. Die Unterstützung in der Bevölkerung wächst und wächst. Klimaschutz ist nicht nur die ökologische Schicksalsfrage, sondern auch maßgeblich für die Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt und auch der Wirtschaft: Eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise achtet weltweit Menschen- und Tierrechte, hält die planetaren Belastungsgrenzen ein und wagt eine Abkehr von maßloser Überproduktion und Massenkonsum.

Der Klimaschutzkurs muss in Land und Bund noch viel klarer eingeschlagen werden, wir brauchen weitere Projekte und Maßnahmen, auch kreative und auch über das hinaus, was wir bisher angedacht hatten. Dazu schlagen wir zusätzliche Maßnahmen insbesondere in folgenden Bereichen vor:

1. „Nutzen statt abschalten" endlich umsetzen! Immer noch nicht eingelöst wurde unser Anspruch, den wir im GRÜNEN-Bundestagswahlprogramm 2021 so formuliert hatten: „Erzeugungsspitzen machen wir nach dem Prinzip „nutzen

statt abschalten“ für Speicher und die Produktion von Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar.“

2. Die Anpassung des zur Solarenergienutzung privilegierten Bereiches in §35 (1) 8. b) Baugesetzbuch an die Angaben in EEG 2023 §37 (1) 2. C). Damit wird Solarenergienutzung an Autobahnen und zukünftig auch einspurigen Bahnstrecken statt derzeit in einer Breite von 200m zukünftig in einer Breite von 500m baurechtlich privilegiert, natürlich nur außerhalb von Naturschutzgebieten.

3. Die zügige Umsetzung des generellen Tempolimits auf Autobahnen, zunächst befristet auf zwei Jahre und in der Hoffnung, dass selbst die FDP in dieser Zeit die Vorteile für Straßenverkehrssicherheit, Energieversorgung und Klima erkennt.

4. Die spürbare Verteuerung und Reduzierung zunächst des innerdeutschen Flugverkehrs und die Verwendung der damit erzielbaren Einnahmen für Klimaschutzmaßnahmen.

2019 haben wir bereits ein mutiges GRÜNES-Sofortprogramm beschlossen. Der Moment für noch mutigere zusätzliche Maßnahmen und Projekte – ganz ausdrücklich auch über die oben genannten hinaus, wir brauchen noch viele weitere kreative und machbare Lösungen- ist JETZT!

Hinweis zur Verfahrensweise, falls der Antrag angenommen wird: Beim Antragstext handelt es sich um eine Beschlussvorlage zunächst auf Landesebene in Schleswig-Holstein, welche die Antragsteller*innen im Fall eines Beschlusses des Landesparteitages in dessen Namen und Auftrag auch zur Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) einreichen und auf der BDK gegenüber der Antragskommission und im Rahmen der Einbringungsrede vertreten werden. Denn Klimapolitik wird nicht nur auf Landesebene, sondern besonders stark auf Bundesebene gemacht, dort muss sofort noch mehr wirksamer Klimaschutz als bisher passieren und wenn wir diesen Antrag als Landesverband zur nächsten BDK stellen, dann hat er eine höhere Chance.

Begründung

Wir brauchen mehr spürbare Klimaschutz-Projekte, denn 2,8 Grad plus werden eine Klima-Hölle!

Antragsteller*innen:

Philipp / Dr. Philipp Schmagold, KV Plön

Sina Clorius, KV Schleswig-Flensburg

Gerd Weichelt, KV Dithmarschen

Sara Schaal, KV Rendsburg-Eckernförde

Dr. Johann-Wolfgang Wittke, KV Ostholstein

Susanne Hilbrecht, KV Dithmarschen

Hartmut Rosebrock, KV Pinneberg

Hans-Jürgen Bethe, KV Pinneberg

Dr. Peter Schröder, KV Nordfriesland

Rudolf Schaper, KV Rendsburg-Eckernförde

Unterstützer*innen

Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Stephan Wiese (KV Lübeck); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Sara Schaal (KV Rendsburg-Eckernförde); Hartmut Rosebrock (KV Pinneberg); Hans-Jürgen Bethe (KV Pinneberg); Dr. Peter Schröder (KV Nordfriesland); Rudolf Schaper (KV Rendsburg-Eckernförde); Dr. Johann-Wolfgang Wittke (KV Ostholstein); Kurt Reuter (KV Stormarn); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Kai-Uwe Stürck (KV Neumünster); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Tim Stellmacher (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Sotiria Luedtke (KV Lübeck); Kerstin Hanert-Möller (KV Dithmarschen); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Phil-James Stange (KV Kiel); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg)